

1.2NEU Weil gutes Korn nicht vom Himmel fällt: Landwirtschaft

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

Status: Modifiziert

1 Vierzig Jahre DDR-Agrarpolitik mit Zwangskollektivierung, rücksichtslosen Maßnahmen zur sogenannten
2 „Bodenverbesserung“ (Melioration) und Höchstertragskonzeption haben eine Landwirtschaft
3 hervorgebracht, die beträchtlich an der Substanz des Bodens zehrte. In den knapp dreißig Jahren danach
4 hat sich in weiten Teilen des Landes an diesem Zustand wenig geändert. Die Fruchtbarkeit vieler Böden
5 nimmt durch Übernutzung, Wind- und Wassererosion und Vernichtung der Bodenlebewesen ab und wird
6 durch den Einsatz von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln nur kaschiert. Die Artenvielfalt in der
7 offenen Kulturlandschaft nimmt dramatisch ab. Auf die in Folge des Klimawandels zunehmenden
8 Wetterextreme ist die Landwirtschaft im Land nicht vorbereitet. Auch nimmt sie ihre Verantwortung bei
9 der Reduzierung von Klimagasen nicht wahr. Der „Brandenburger Weg“ in der Landwirtschaft bedeutet seit
10 1990 Verteidigung der konventionell wirtschaftenden Großbetriebe und Ausbau der industriellen
11 Massentierhaltung. Der Ausbau des Ökolandbaus stagniert seit Jahren.
12 Zugleich fragen die Brandenburger und Berliner Verbraucher*innen mehr ökologisch, regional und
13 tiergerecht erzeugte Produkte nach, als in Brandenburg produziert werden. Höchste Zeit für eine
14 zukunftsorientierte, nachhaltige Landwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der kommenden
15 Generationen orientiert! Wir stehen für eine in den Regionen verankerte Landwirtschaft, die nicht nur
16 Lebensmittel produziert, sondern auch unsere Kulturlandschaft pflegt, die biologische Vielfalt fördert, die
17 Tiere artgerecht hält sowie das Trinkwasser schützt und damit lebendige ländliche Räume erhält und gute
18 Einkommen schafft. Mit einer fortschrittlichen Agrarpolitik und einer ökologischer orientierten Verteilung
19 der Subventionen wollen wir Landwirt*innen und Verbraucher*innen einander näher bringen. Den
20 Landwirt*innen wollen wir tragfähige Perspektiven Perspektiven in der regionalen und ökologischen
21 Vermarktung eröffnen, denn wir brauchen sie sowohl als Akteure für eine nachhaltige Landwirtschaft, als
22 auch als Impulsgeber*innen für die regionale Entwicklung.

23 **Ökologische Landwirtschaft**

24 Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Pestiziden und Überdüngung gehört zu den
25 Hauptursachen für das Artensterben. Wir Bündnisgrüne streben mittelfristig eine ökologische
26 Landwirtschaft ohne Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten
27 Reduktionsprogramm wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren. Als ersten Schritt wollen
28 wir den Einsatz von Glyphosat auf Landesflächen verbieten. Dazu wollen wir Beratung und Förderung für
29 Alternativen beim Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und Wasserschutzgebieten wollen wir den
30 Einsatz von Pestiziden ganz ausschließen. Die Förderung des Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und
31 der Anlage von blütenreichen Ackerrainen und Heckenstrukturen stärken wir. Auf dem Weg in eine
32 vollständig ökologische Landwirtschaft unterstützen wir auch konventionelle Betriebe, die in bewusster
33 Abkehr vom Leitbild einer industriellen Landwirtschaft auf ihren Bauernhöfen naturschonend wirtschaften.
34 Angesichts von mehr als 300 Mio € an Fördermitteln, die pro Jahr in Brandenburgs Landwirtschaft fließen,
35 ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage zusätzlicher Mittel, sondern eine der
36 Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Die europäische Agrarpolitik muss den umweltgerechten,
37 klimafreundlichen Umbau der Landwirtschaft voranbringen. Wir wollen jeden Euro der Agrarförderung auf
38 das Erbringen öffentlicher Leistungen in den Bereichen Klima, Natur- und Umweltschutz, Tierwohl und die
39 Stärkung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft konzentrieren. Die Vorschläge der EU-Kommission zu
40 betriebsbezogenen Obergrenzen bei den Direktzahlungen unterstützen wir. Die Möglichkeiten zur
41 Junglandwirteförderung wollen wir vollständig nutzen und auf alle Neugründer*innen unabhängig vom
42 Alter ausweiten. Die Liberalisierung der Agrarmarktpolitik und die Fixierung auf den Weltmarkt haben die

43 wirtschaftliche Situation der Landwirt*innen eher verschlechtert als verbessert. Wir wollen daher
44 Maßnahmen ergreifen, um regionale Qualitätsmärkte zu erschließen und die Stellung der Landwirt*innen
45 in der Wertschöpfungskette zu verbessern. Zudem muss die gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg
46 nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeitet werden: Diese soll Maßnahmen zum Schutz
47 landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und dem Aufbau von Bodenumus vorgeben.

48 Gentechnik in der Landwirtschaft forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen
49 eine zu 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir wollen die freiwilligen Zusammenschlüsse von
50 landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg zu gentechnikfreien Regionen unterstützen. Das klare
51 Urteil des europäischen Gerichtshofs, dass auch Genschere und andere neue Gentechnikmethoden unter
52 das bestehende Gentechnikrecht fallen, begrüßen wir ausdrücklich. Nur so können das Vorsorgeprinzip
53 umgesetzt und die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen und Landwirt*innen garantiert werden. Versuchen,
54 das Gentechnikrecht abzuschwächen, werden wir entschieden entgegenzutreten. Auf Bundes- und EU-Ebene
55 setzen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung und Vermarktung von gentechnisch verändertem Saatgut oder
56 zum Patentschutz gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere ein.

57 **Grünes Klima für Gründung und Hofnachfolge**

58
59 In den dünn besiedelten Regionen Brandenburgs ist die Landwirtschaft mit den ihr verbundenen Branchen
60 ein wichtiger Arbeitgeber. Landwirtschaftliche Unternehmen sowie Obst- und Gartenbaubetriebe sind für
61 den Erhalt ländlicher Strukturen unverzichtbar. Für eine Vielzahl von Unternehmen steht in den nächsten
62 Jahren eine Hofübergabe an, bei rund Zweidritteln ist diese noch nicht geklärt. Gleichzeitig nimmt die Zahl
63 Gründungswilliger zu. Hier braucht es politische Unterstützung, um Neu-Gründungen und Hofübergaben
64 zu begleiten. Wir wollen dazu eine "Gründungs- und Hofnachfolgestrategie für die Landwirtschaft"
65 entwickeln. Mit der Einrichtung einer One-Stop-Agentur wollen wir die bürokratischen Hürden für
66 Gründungswillige möglichst niedrig halten. Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowohl für das Thema
67 Hofnachfolge als auch für Neugründungen wollen wir zielgerichtet ausbauen.

68
69 Wer neu gründen will, braucht Zugang zu Land. Die Art der Bodenprivatisierung durch die
70 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) befördert die Preistreiberei für landwirtschaftliche
71 Flächen und deren Konzentration in immer größeren Betrieben und steht so einer regional verankerten
72 bäuerlichen Landwirtschaft entgegen. Wir wollen daher Transparenz bei der Bodenvergabe schaffen und
73 sozial-ökologische zum Maßstab der Vergabe machen. Wir wollen mit dem Bund über die Überführung
74 aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und diese als Grundstock für eine landeseigenen
75 Siedlungsgesellschaft nutzen. Solange dies noch nicht erreicht ist, wollen wir die Überarbeitung der
76 Vergabe-Regeln für BVVG-Flächen zu Gunsten von Junglandwirt*innen sowie Existenzgründer*innen
77 einfordern. Wir wollen ein Agrarstrukturgesetz vorlegen um den Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen
78 und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch außerlandwirtschaftliche Investoren zu erschweren und
79 die Funktion des Bodenmarkts zugunsten ortsansässiger Betriebe zu verbessern. Landeseigene
80 Agrarflächen wollen wir grundsätzlich nicht mehr verkaufen. Die in den 90er Jahren vom Land enteigneten
81 Neusiedlerflächen wollen wir an deren Erben zurückgeben.

82
83 Als Teil unser Wirtschafts- und Agrarpolitik wollen wir in Brandenburg die Anzahl verarbeitender Betriebe
84 wie Molkereien, Saftpressen und Getreidemöhlen erhöhen, damit möglichst viele Produkte unmittelbar in
85 der Region weiterverarbeitet werden können. Auf diese Weise wollen wir Transportwege in den
86 Handelsketten verkürzen, regionale Vermarktung fördern und gut bezahlte Arbeitsplätze nach
87 Brandenburg holen.

88 **Massentierhaltung in Brandenburg beenden**

89 Brandenburg verfügt bundesweit über überdurchschnittlich große Tierhaltungsanlagen. Sauen werden in
90 Kastenstandshaltung eingepfercht, ein Huhn lebt teilweise mit 24 Artgenossen auf nur einem
91 Quadratmeter. Die Riesenstrukturen der Massentierhaltung begünstigen Verstöße gegen die ohnehin laxen
92 Nutztierhaltungsverordnungen und erschweren ein effektives Vorgehen gegen Missstände. Ein weiteres

93 Problem der Massentierhaltung ist der enorme Verbrauch von Antibiotika, welcher zu multiresistenten
94 Keimen führt und letztlich auch die Wirksamkeit von Antibiotika in der Humanmedizin gefährdet. In der
95 Tiermast werden doppelt so viel Antibiotika eingesetzt wie in der Humanmedizin. Außerdem sind durch
96 die Abluft bzw. mangelhafte Filter die Anwohner*innen von verunreinigter und teilweise kontaminierter
97 Abluft betroffen. Zuletzt fallen durch Massentierhaltung auch riesige Mengen an Tierkot an, die unser
98 Grundwasser immer stärker mit Nitrat-, Phosphat und Schwermetallen belasten. Der Import von
99 Futtermitteln aus Soja-, Palmöl- und anderen Plantagen mit Monokulturen hat katastrophale Folgen für
100 Mensch und Umwelt in den Herkunftsländern. Unser Export von subventionierten landwirtschaftlichen
101 Erzeugnissen zu Dumpingpreisen zerstört zugleich lokale Märkte in Afrika und Asien und trägt zum Hunger
102 in der Welt bei.

103 Die rot-rote Landesregierung war bislang unwillig etwas an diesen Zuständen zu ändern. Schlimmer noch,
104 sie förderte den weiteren Ausbau der industriellen Tierhaltung allein seit 2009 mit über 70 Millionen Euro,
105 flankiert durch eine großzügige Genehmigungspraxis des Landesamtes für Umwelt. Die Menschen in
106 Brandenburg haben mit dem erfolgreichen Volksbegehren gegen Massentierhaltung Anfang 2016 mit
107 104.000 Unterschriften deutlich gezeigt, dass sie eine andere Tierhaltung in Brandenburg wollen. Der
108 hieraus resultierende Kompromissbeschluss des Landtags hat einige Forderungen des Volksbegehrens
109 aufgegriffen, ohne jedoch eine Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik erreichen zu können. Für uns
110 sind die Forderungen des Volksbegehrens und die Umsetzung des Tierschutzplans Leitlinie für die
111 Ausrichtung der zukünftigen Landwirtschaftspolitik .

112 Eine flächengebundene Tierhaltung muss zur Regel werden. Nur Betriebe, die ihr Futter überwiegend
113 selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als landwirtschaftlicher Betrieb bekommen. Die
114 Errichtung von Massentierhaltungsanlagen wollen wir rechtssicher ausschließen. Dazu wollen wir absolute
115 Tierzahlen-Obergrenzen für Ställe einführen, die sich an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände
116 sowie des Deutschen Tierschutzbundes orientieren.

117
118 Wir wollen eine konsequente Anwendung des bestehenden Tierschutzrechtes und der
119 EU-Tierschutzvorgaben in der Landwirtschaft durchsetzen. Tiere dürfen nicht länger an die Ställe
120 angepasst werden, sondern Ställe müssen den Bedürfnissen der Tiere gerecht werden. Das Kupieren von
121 Schwänzen bei Schweinen muss ebenso beendet werden wie das Kürzen von Schnäbeln beim Geflügel und
122 das Enthornen von Rindern. Ebenso wollen wir einen schnellen Ausstieg aus der Kastenstandshaltung für
123 Sauen. Die betäubungslose Kastration von Ferkeln lehnen wir ab. Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung
124 durch die Überarbeitung des Landesimmissionsschutzrechts, der Brandenburgischen Bauordnung und
125 einer Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung durchsetzen. Bisher werden Tierhaltungsbetriebe in
126 Brandenburg nur alle sechszehneinhalb Jahre kontrolliert, mit Ankündigung und nur in Teilbereichen. Wir
127 wollen das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einführen und strengere Kontrollen von
128 Tierhaltungsanlagen durch die Veterinärbehörden durchsetzen. So wollen wir den Tierschutz bereits bei
129 Genehmigungsverfahren zur Geltung zu bringen und diesen im Betrieb auch sicherstellen.

130 Nur 0,4 Prozent der Tierschutzkontrollen bei Tiertransporten finden auf der Straße statt. Doch alle
131 gesetzlichen Vorschriften sind nur hohle Worte, wenn Sie in der Realität nicht durchgesetzt werden. Dafür
132 wollen wir die Kontrollen deutlich ausweiten und Tiertransporte in Länder außerhalb der EU solange
133 aussetzen, bis der gesetzlich vorgeschriebene Tierschutz gewährleistet werden kann. Insgesamt hegen wir
134 grundsätzliche Zweifel an Tiertransporten, bei denen lebende Tiere auf langen Strecken transportiert
135 werden.

136 Wir wollen die Freilandhaltung insbesondere von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen fördern. Hier
137 wollen wir die Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern
138 abschaffen. Die extensive Schweinefreilandhaltung mit vom Aussterben bedrohten alten Haustierrassen
139 trägt durch das Offenhalten von Kulturlandschaften zur Landschaftspflege bei und steigert den
140 touristischen Wert ländlicher Räume. So produzieren wir nicht nur gesundes Fleisch, sondern stärken
141 zugleich die Attraktivität unserer Region und erhöhen die Artenvielfalt.

142 **Bienenfreundliche Landwirtschaft**

143 Bienen und andere Insekten sind für unser Ökosystem und insbesondere für unsere Ernährung
144 unverzichtbar. Die von Monokulturen geprägte Landwirtschaft entzieht ihnen jedoch zunehmend ihre
145 Nahrungsgrundlage und zerstört ihre Lebensräume. In Kombination mit dem massiven Einsatz von
146 Pestiziden und der Überdüngung ist die Artenvielfalt von Wildbienen und Insekten massiv bedroht,
147 gleiches gilt für die Honigbienen­völker. Eine extensive oder ökologische Landnutzung hingegen schafft
148 eine funktionierende Symbiose zwischen Imkerei und Landwirtschaft. Vielfältige Fruchtfolgen,
149 Randstreifen, Hecken, Steinhäufen und andere Strukturelemente sowie der Verzicht auf
150 Pflanzenschutzmittel und Gentechnik sind unverzichtbare Elemente einer insektenfreundlichen
151 Landwirtschaft. Um Lebensräume für Insekten zu schaffen und die Nahrungsgrundlage zu verbessern
152 wollen wir Förderprogramme zur Anpflanzung von Blühstreifen, Randstreifen, extensivem Grünland,
153 Obst-Baumreihen und Gehölzen auflegen und ausweiten sowie die Umstellung auf Ökolandbau besser
154 fördern. Den Einsatz von Pestiziden wollen wir durch Forschung, Beratung und Förderung deutlich
155 reduzieren, um mittelfristig komplett auf sie zu verzichten. Zugleich müssen Bienenweidepflanzungen auf
156 öffentlichen Flächen und Zwischenfruchtaussaaten nach der Getreideernte gefördert werden. Auf
157 Gebäuden der Landesverwaltung und -behörden wollen wir das Aufstellen von betreuten Bienenvölkern
158 unterstützen und werden intensive Zusammenarbeit mit regionalen Imkerverbänden anregen.